

**Zum Thema: Straßennamen im Wedding**

*... Meine Vorstellung vom Wedding ist auch, dass es dort eine bunte und kulturell vielseitige Gesellschaft gibt...*



uff´n wedding sprach mit Bezirksbürgermeister Dr. Hanke, mehr auf den Seiten 8 und 9.

Noch in dieser Ausgabe:

Eine halbe Lösung: Die Sekundarschule	S. 3
Den Strukturwandel verpasst	S. 5
Effie Briest – Gedanken zum Film	S. 6
Fünf gute Gründe für gemeinsamen Ethikunterricht	S. 7
Tribunal zum Internationalen Frauentag 2009	S.10
Nein zur NATO – Nein zum Krieg	S.11
Be Berlin – Gesundbrunnen	S.13
Kommunales Wahlrecht für Nichtdeutsche JETZT	S.14

# uff´n wedding

*Kiezzeitung vom LinksTreff*

**580.000.000.000 Euro für Banken und Konzerne  
- Null Euro für Arbeitslose und Rentner !**

## *Paket von Merkel und Steinmeier: Annahme verweigert!*

Dem „Bankenrettungspaket“ folgte das „Konjunkturpaket II“. Merkel und Steinmeier haben für die Bevölkerung ein kleines Päckchen und für die Banken und Konzerne ein großes Paket geschnürt. Im kleinen Päckchen sind 8 Milliarden für die Sanierung von Schulen; 1,8 Milliarden für Kinder; 0,15 Milliarden Steuererleichterung für „Geringverdiener“; 0 Euro für Neuanstellungen von Lehrern und Erziehern; 0 Euro Erhöhung vom Hartz IV-Regel-satz und der Renten. Für solchen sozialen Schnickschnack ist nun einmal kein Geld da. Für die Profite der Banken und Konzerne und für die Wohlhabenden muss schließlich auch noch was übrig bleiben. Dafür haben Merkel und Steinmeier das große Paket geschnürt: 480

Milliarden Subventionen und Bürgschaften für die Banken. 100 Milliarden Kredite und Bürgschaften für Firmen und 1,45 Milliarden Steuer-ensenkungen für Besser-erdienende. Unsere Antwort: In dem Paket ist der falsche Inhalt. Deshalb: Annahme verweigert!

Die Logik, die dahinter steckt, ist ganz einfach. Kinder kaufen keine Autos. Autofahrer kaufen Autos. Deshalb sind für Kinder auch nur einmalig symbolische 100 Euro



vorgesehen, für die Verschrottung von Autos das 25fache (2.500 Euro). Fahrradfahrer und Benutzer des öffentlichen Nahverkehrs kaufen ebenfalls keine Autos, bekommen also auch nichts. Sanierung von Schulen ist sinnvoll und bringt der Bauwirtschaft Profit. Wird bezahlt. Neuanstellung von LehrerInnen ist auch sinnvoll, bringt aber keinen Profit. Wird nicht bezahlt. Erhöhung vom Arbeitslosengeld und Renten bringt ebenfalls kein Profit. Also gibt es auch dafür kein Geld. Der Grundsatz der Bundesregierung heißt also: Profite gehen vor Menschen und Umwelt. So simpel und so falsch ist ihre Politik.

### **Krisenpolitik der Regierung: unsozial und wirkungslos**

Die Konjunkturpakete sind nicht nur unsozial, sondern auch untauglich, die Wirtschaftskrise zu überwinden. In der Bundestagsdebatte über das Konjunkturpaket II verglich Oskar Lafontaine die Finanzkrise mit einem Flächenbrand und griff Merkel dafür an, dass sie nichts zur Regulierung der Finanzmärkte unternimmt: „Während Sie (Frau Merkel) jetzt löschen müssten, machen Sie Konferenzen der Feuerwehrmänner und unterlassen die wichtigsten Schritte, um das Finanzsystem wieder in Ordnung zu bringen.“ Er forderte, dass Banken Staatsgelder nur gegen Eigentums- und Entscheidungsrechten bekommen. Anson-

sten werden die gleichen Finanzjongleure, die für die Milliardenverluste verantwortlich waren, auch dieses Geld wieder verzocken - diesmal allerdings Steuergelder.

Wenn Banken und Firmen pleite gehen und Tausende Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen, kann es nur eine Antwort geben: sofortige, entschädigungslose Verstaatlichung. Die Aktionäre und Manager können auf ihren Profit verzichten, die Beschäftigten aber nicht auf ihre Jobs. Eine Kursänderung wird es nur geben, wenn alle Banken und Finanzinstitute vergesellschaftet werden, also unter demokratischer und öffentlicher Kontrolle der Bankangestellten und der Bevölkerung kommen. Erst dann dienen Banken den Menschen und nicht den Aktionären.

### **Die Zeit ist reif für Gegenwehr**

In den letzten Jahren und Jahrzehnten wurden die Reichen reicher und die Armen ärmer. Die Profite stiegen, die Löhne fielen. Die Verantwortung für diese Umverteilung von unten nach oben tragen die Regierungen unter Schröder und Merkel. Abbau des Sozialstaats, Steuersenkungen für Wohlhabende und die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten haben dazu geführt, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird. Die Bereiche Gesundheit, Bildung, Verkehr und Energieversorgung wurden in großem Maße privatisiert, damit sich die Aktionäre die riesigen Extraprofite einstecken können. Die Verluste aber sollen jetzt von der Bevölkerung bezahlt werden.

### **Profiteure zur Kasse - Millionäre besteuern**

Das Bündnis 28. März fordert, dass die Profiteure die Zeche für die Krise selbst zahlen. Dafür sollen die Steuern auf große Vermögen, Börsen- und Unternehmensgewinne deutlich angehoben werden. Mit diesen Mehreinnah-



men kann massiv in Arbeit, Bildung, Umwelt, und Gesundheit investiert werden. Die Bezüge von Arbeitslosen und Rentnern müssen endlich angehoben werden. Wir brauchen keinen Schutzschirm für die Profite der Banken, sondern einen Schutzschirm für Menschen. Dafür werden am 28. März in ganz Europa Millionen Menschen auf die Straße gehen. Weitere Proteste sind bereits geplant (1. Mai: Kundgebungen der Gewerkschaften; 16. Mai: bundesweite Demonstration des DGB in Ber-

lin; 15. – 19. Juni: bundesweite Aktionswoche zum Bildungsstreik.)

DIE LINKE unterstützt die Demonstration am 28. März und wird auch darüber hinaus die Proteste gegen die Krisenpolitik der Regierung weiter aufbauen. Jede und jeder ist eingeladen, gemeinsam mit der LINKEN für eine solidarische, gerechte und friedliche Gesellschaft zu kämpfen.

*Mischa Olbrisch, DIE LINKE im Wedding*

## *Wir zahlen nicht für eure Krise!*

**Unter diesem Motto mobilisiert ein breites Bündnis für den 28. März 2009 nach Berlin und Frankfurt am Main, um gegen die Krisenpolitik der Regierung zu protestieren.**

**Demonstration am 28. März 2009 in Berlin, Auftakt: 12 Uhr, vor dem Roten Rathaus (U- und S-Bahnhof Alexanderplatz)**

**Material für die Demo gibt's im LinksTreff, Malplaquestr. 12, montags bis freitags von 16 – 19 Uhr. Einfach anrufen oder vorbeischaun.**

**Infos im web: [www.kapitalismuskrise.org](http://www.kapitalismuskrise.org) und [www.28maerz.de](http://www.28maerz.de)**

## Weitere Schulschließungen im Wedding in Aussicht

# Eine halbe Lösung: Die Sekundarschule

Nachdem Bildungssenator Jürgen Zöllner in einem Überraschungscoup verkündet hat, dass es in Berlin zukünftig eine Sekundarschule geben soll, fragt sich, was das für den Wedding bedeutet?

Zunächst einmal heißt Zöllners Plan, dass Hauptschule, Realschule und Gesamtschule zu einer Sekundarschule zusammengefasst werden sollen, die sämtliche Bildungsabschlüsse bis zum Abitur anbietet. Das Gymnasium soll daneben weiterbestehen. Berlin hätte damit statt des dreigliedrigen ein zweigliedriges Schulsystem. DIE LINKE bevorzugt

ein eingliedriges System mit der sogenannten Gemeinschaftsschule für alle nach dem erfolgreichen skandinavischen Vorbild. Zumindest die Modellversuche dafür laufen weiter.

Das Gymnasium ist das Refugium der höheren Mittelschichten. Mit ihm hoffen sie, die Zukunft ihrer Kinder abzusichern. Damit schließen sie sich aber auch gegenüber den unteren Schichten ab und blockieren den Aufstieg von Kindern aus einfachen Verhältnissen. Die Sekundarschule verringert diese Chancengleichheit etwas, indem sie auch das Abitur anbietet, stellt aber keine wirkliche Chancen



gleichheit her. Deshalb ist DIE LINKE über diese halbe Lösung unzufrieden und fordert zumindest eine Sozialquote an den Gymnasien, um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Wenn es nach der LINKEN ginge, hätte es die halbe Lösung Sekundarschule nicht gegeben, sondern die Gemeinschaftsschule. Aber Zöllner wollte sich offensichtlich nicht mit den bürgerlichen Eltern aus den reichen Vierteln anlegen.

Die Sekundarschule soll nach dem Willen Zöllners mindestens vierzünftig sein, also aus vier Parallelklassen bestehen. Wenn nun in Wedding Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen zu der neuen Oberschule zusammengelegt werden, bedeutet das zwangsläufig Schulschließungen, da die alten Oberschulen teilweise nur dreizünftig sind. Die SPD ist jedenfalls der Meinung, dass größere Schulen bessere Schulen sind. Außerdem muss der Etat von Bildungsstadträtin Dagmar Hänisch entlastet werden. Er macht im Haushalt des Bezirks Mitte die meisten Miese – vor allem wegen der Gebäudekosten. So kommt es in der Bezirkspolitik vielen günstig, dass mit der Sekundarschule ein weiterer Grund aufgetaucht ist, um in Mitte Schulen zu schließen.

Thomas Kilian **DIE LINKE im Wedding**

## Fördermitglied werden

Der **LinksTreff Wedding e.V.** tritt für die Prinzipien der Freiheit und Würde des Menschen, für Demokratie und Humanismus in allen Belangen der Bevölkerung ein, insbesondere der BürgerInnen der Stadtteile Wedding und Gesundbrunnen.

Gerne senden wir einen Fördermitgliedschaftsantrag zu. (Mitgliedsbeitrag ab 5 Euro)

Einzelspenden sind selbstverständlich jederzeit willkommen. LinksTreff Wedding e.V.

Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00

Kto. 660 308 77 13

Warum Deutschland von der Wirtschaftskrise besonders heftig betroffen ist

## Den Strukturwandel verpasst

**Führende amerikanische Wirtschaftswissenschaftler, darunter der Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz, warnen davor, dass die Wirtschaftskrise in Deutschland besonders heftig und langandauernd ausfallen könnte.**

Ursache ist die Tatsache, dass in Deutschland die industrielle Produktion und der Export eine so wichtige Stellung einnehmen. Zwar hat deshalb die Krise Deutschland noch nicht richtig erreicht sondern, weil sie als Finanzkrise begann, besonders Staaten mit einem großen Finanzsektor wie die USA oder Großbritannien. Aber mit der Verlagerung der Krise auf die sogenannte Realwirtschaft wird sie die Produktionsstandorte in der Welt besonders heftig treffen – vor allem wenn sie so stark auf den Export setzen wie Deutschland und China. Denn niemand wird mehr das Geld haben, die Produkte der Exporteure zu kaufen.

Es gibt nach Meinung von Bruce Greenwald, einem konservativen Investmentexperten, und dem linksliberalen Stiglitz nur eine Lösung: Die Binnennachfrage vor allem im Dienstleistungsbereich ankurbeln. Das kann durch verstärkte Schulden oder durch eine deutliche Umverteilung von Vermögen und Einkommen geschehen, so dass weniger Geld gespart wird, weil die ärmeren Schichten im Gegensatz zu den Reichen zusätzliches Einkommen in Konsum umsetzen. Die beiden waren sich einig, dass die Bundesregierung da zu wenig tut.

Langfristig bleibe ohnehin nur der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft. In wenigen Jahrzehnten werde die industrielle Produktion wegen der Automatisierung für die Beschäftigung ähnlich bedeutungslos sein wie heute die Landwirtschaft, meinten die beiden Anfang Februar in einer arte-Sendung. Deutschland setzt hingegen auf den Export von Industriegütern, der nur die Reichen reicher

macht und die Weltwirtschaft destabilisiert, ohne Wohlstand für die Massen zu schaffen. In den letzten Jahren konnten in Deutschland nur die obersten 10 Prozent der Vermögensbesitzer zusätzliches Geld anhäufen. Die Folge ist, dass Deutschland einer der größten Kapitalexporthure ist. Größtenteils finanzieren sie damit – wie auch China – das Handelsbilanzdefizit der USA. Deutschland ist damit das Schlusslicht der wohlhabenden Länder in dem Strukturwandel, den Stiglitz und Greenwald beschwören.

*Thomas Kilian*

### Herbert Butter Rechtsanwalt

Ausländer-Recht  
VerkehrsR  
FamilienR  
ArbeitsR  
allgem. ZivilR

Badstraße 30  
13357 Berlin-Wedding

Tel.: 030/493 60 55

Fax: 030/ 493 83 83

[www.ra-butter.de](http://www.ra-butter.de)

Anzeige

„Effi Briest“ ist ein Roman von Theodor Fontane, der erstmals 1894–1895 in der Deutschen Rundschau und daraufhin 1895 in Buchform erschienen ist. Als Erscheinungsjahr wurde auf dem Titelblatt 1896 angegeben. Der Gesellschaftsroman wird dem poetischen Realismus zugeordnet und spielt vor dem Hintergrund des durch strenge Normen festgelegten Lebens im Kaiserreich unter Reichskanzler Bismark.

## Gedanken zum Film

„Effi Briest“ der Regisseurin Hermine Huntgeburth (2009), nach Theodor Fontanes gleichnamigem Roman von 1895

In dem im deutschen Kaiserreich spielenden Film „Effi Briest“ stirbt die Hauptdarstellerin nicht – im Gegensatz zur literarischen Vorlage – sondern kehrt am Ende des Films in ihre eigene Wohnung und Welt zurück, um ihr Leben nach eigenen Wertvorstellungen zu gestalten.

Geht Fontanes Effi an Einsamkeit und Isolation zugrunde, so regt dieser veränderte, ermutigende Schluss die Phantasie an. Man möchte sich vorstellen, wie die junge Frau in Berlin mit seinen damals schon 2 Millionen Einwohnern ihr Leben fortan meistert: ohne Eltern, geschieden und getrennt von ihrem kleinen Kind.

Was also könnte die Tochter eines Gutsbesitzers, die wegen der Lieblosigkeit ihres Mannes Ehebruch begangen hatte, in der größten Industriemetropole Deutschlands erleben?

Im Film verdient sie ihren Lebensunterhalt in einer Bibliothek: Sie schiebt einen Bücherwagen zu einem jungen Mann und überreicht ihm – durchaus demutsvoll – Material für seine Studien. So ist vorstellbar, dass Effi sich selbst auch mit Literatur versorgen könnte, um sich zeitgemäß weiterzubilden. Da unklar



bleibt, welche Schulbildung sie besitzt, ist unwahrscheinlich, dass sie ein – seit Beginn des 20. Jahrhunderts mögliches – Studium beginnen würde. Auch hat sie wie die Mehrheit ihrer Geschlechtsgenossinnen keine Berufsausbildung. Die Frau um 1900 arbeitet auf dem Land, in der Fabrik, in Heimarbeit oder zieht als bürgerliche Frau zu Hause die Kinder groß und sorgt für den ihr Leben bestimmenden Ehemann.

Julia Jentsch spielt „Effi Briest“ zumeist verhalten. Sie ist keine Revolutionärin. Trotzdem überwindet sie ganz praktisch die starren Klassenschranken des Kaiserreichs: Sie lebt in einer Mietskaserne, vielleicht des Scheunenviertels, mit der ehemaligen Kinderfrau ihrer Tochter zusammen. Es ist eine kleine Wohngemeinschaft, in der sich die Deklassierte und die Stellunglose Halt geben und freundschaftlich weibliche Solidarität üben.

Ob Effi nun in der brodelnden Hauptstadt Kontakt zu den politischen Bewegungen ihrer Zeit gefunden hätte, bleibt Spekulation. Möglich aber wäre es gewesen: Die sozialdemokratische Partei war seit 1890 nicht mehr ver-

boten, es existierte eine bürgerliche und eine proletarische Frauenbewegung, die sich öffentlich – wenn auch nicht vereint – für ein Recht auf Bildung, Erwerbsarbeit oder das Wahlrecht einsetzten.

Auch wenn Effi sich also in einer der vielen politischen Strömungen ihrer Zeit engagiert hätte, bleibt die Frage nach der Gestaltung ihres ganz persönlichen Umfelds: Hätte sie nach den unangenehmen Erfahrungen mit Ehemann Instetten und ihrem getöteten Geliebten Crampas noch die Kraft für eine neue Beziehung gehabt? Und wenn sie dieses Wag-

nis noch einmal eingegangen wäre, hätte sie diesen Mann dann in den folgenden kriegerischen Jahrzehnten behalten können? Wäre sie selbst dabei unversehrt geblieben?

Aber unabhängig davon, wen Effi noch getroffen hätte oder was ihr widerfahren wäre – mir gefällt an diesem sehenswerten Film vor allem, dass sie im Gegensatz zu vielen Filmfrauen vor ihr nicht sterben muss. Trotz ihrer persönlichen „Irrungen, Wirrungen“ ist sie kein erniedrigtes Opfer: Sie lebt weiter.

*Carola Kaltenegger*

## 5 gute Gründe für gemeinsamen Ethikunterricht

### **Gegenseitiges Verstehen und Toleranz einüben**

Im gemeinsamen Ethikunterricht reden die Schülerinnen und Schüler über Unterschiede und Gemeinsamkeiten, um einander besser zu verstehen. Der gemeinsame Ethikunterricht ist für unsere multikulturelle Stadt unverzichtbar, denn 42% aller 6-15-jährigen Schülerinnen und Schüler haben in Berlin bereits heute einen Migrationshintergrund

### **Gemeinsame Werte entdecken**

Im gemeinsamen Ethikunterricht lernen die Jugendlichen etwas über die Werte, die unserer Gesellschaft wichtig sind. Basis dafür sind die Menschenrechte und unser Grundgesetz. So lernen Schülerinnen und Schüler christlicher, muslimischer, jüdischer, atheistischer oder anderer Herkunftskulturen auch, dass vieles in Religionen und Weltanschauungen allgemeingültig ist.

### **Grundwissen zu kulturellen Traditionen aneignen**

Im gemeinsamen Ethikunterricht erwerben alle Schülerinnen und Schüler Grundwissen über verschiedene religiöse, weltanschauliche

und kulturelle Traditionen. In Kooperationsprojekten besuchen sie u.a. Kirchen, Synagogen, Moscheen, Cemhäuser und Tempel. Das fördert den Respekt, gegenseitige Verständigung und Toleranz.

### **Vorurteile überwinden und Konflikte lösen**

Im gemeinsamen Ethikunterricht lernen die Jugendlichen, die Ursachen von Missverständnissen, Vorurteilen und Konflikten zu erkennen und zu überwinden und erarbeiten so gemeinsam Regeln für das friedliche Zusammenleben.

### **Religionsunterricht kann Ethikunterricht ergänzen, nicht ersetzen**

Im gemeinsamen Ethikunterricht werden allen Schülerinnen und Schülern allgemeinbildende und verbindende Inhalte vermittelt. Im ergänzenden Religionsunterricht lernen sie etwas über die Glaubensvorstellungen und die religiöse Praxis ihrer Religionen und Konfessionen. Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht können Ethik nicht ersetzen, aber wertvoll ergänzen.

# „Diese Namen sollten nicht mit Straßen geehrt werden“

uff'n wedding sprach mit Bezirksbürgermeister Dr. Hanke über die geplante Informationstafel im Afrikanischen Viertel und das Thema Straßenumbenennung.

**Herr Dr. Hanke, wie ist Ihre Position zum Thema Straßenumbenennung im Afrikanischen Viertel im Wedding?**

*Beim Thema Straßennamen mit wenig ruhmreicher deutscher Kolonialgeschichte fokussiert es sich auf die Straßen und Plätze Petersallee, Nachtigalplatz und Lüderitzstraße. Dort sollten wir in einen Prozess der Diskussion mit dem Ziel der Umbenennung kommen. Dabei muss aber unbedingt die Bevölkerung mitgenommen werden. Das Schönste wäre, wenn wir bei den Bürgerinnen und Bürgern erreichen, dass die sagen: Das haben wir nicht gewusst. Jetzt wissen wir es und wir wollen eigentlich nicht in einer Straße leben, die beispielsweise nach Lüderitz benannt ist.*

**Welche wesentlichen Argumente sprechen gegen eine Umbenennung und welche dafür?**

*Dagegen spricht die Erfahrung, die wir in Berlin bei der Diskussion um Straßenumbenennungen gemacht haben. Beispiel Treitschkestraße in Steglitz. Eine Umbenennung sollte nicht von oben herab administrativ entschieden werden. Außerdem sollte man das durchaus menschliche Beharrungsvermögen der Bevölkerung, die dann zu Änderungen ihrer Adressdaten usw. gezwungen werden, nicht einfach ignorieren.*

*Dafür spricht, dass diese drei Namen nicht mit Straßen geehrt werden sollten. Hinzukommt die Entwicklung, dass wir als Mitte ein multikultureller Bezirk sind und eine zunehmende afrikanische community haben, mit Menschen, die möglicherweise betroffen sind oder sich betroffen fühlen.*

**Über die Anzahl der umzubenennenden Straßen gehen die Meinungen weit auseinander. Denn schließlich haben sehr viele Straßennamen Kolonialbezug. Wie kann eine Abgrenzung stattfinden?**

*Die Umbenennung der drei genannten wird politisch schon ein schwieriger Prozess werden. Mehr als diese zwei Straßen und den Platz umbenennen zu wollen, wäre gegenüber der Bevölkerung nicht mehr vermittelbar und würde auch der historischen Bedeutung des afrikanischen Viertels nicht gerecht.*



**Bezirksbürgermeister  
Dr. Christian Hanke (SPD)**



**Wie weit ist denn nun der neueste Stand bezüglich der Informationstafel? Schließlich wurde diese Tafel bereits vor drei Jahren in der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen.**

*Es war ein längerer Prozess, sich auf einen Text zu einigen. Nun ist man dabei, Bildmaterial für die Tafel zusammenzutragen. Ich rechne damit, dass die Tafel noch in diesem Jahr aufgestellt wird.*

**Ursula Trüper vom Afrikanisch-Deutschen Club hat die Vision vom Wedding als buntes, quirliges „Afrikanisches Viertel“ Berlins, was auch jede Menge Touristen anzieht. Teilen Sie diese Vision und wie realistisch ist sie?**

*Meine Vorstellung vom Wedding ist auch, dass es dort eine bunte und kulturell vielseitige Ge-*

*sellschaft gibt, aber eben auch durchmischte Bewohnerschaft. In den vergangenen 20 Jahren waren immer mal ganz verschiedene Stadtteile Berlin angesagt. Denkbar ist das schon. Die Lage vom Wedding ist gut. Wir werden sehen, ob es dazu kommt.*

Das Interview führte:  
Robert Krüger-Kassissa  
freiberuflicher Journalist  
Telefon: 030-45 02 75 71  
Mobil: 0163-56 87 677  
Fax: 01803-55 18 48 900  
E-Mail: r.krueger@vortriebmedia.de  
Web: www.vortriebmedia.de

Anzeige

***Ihr freundlicher Lieferservice***

***Partyservice, Hauslieferung, Gastronomieservice***

**GETRÄNKE  
NORD**



Telefon **030 - 461 27 49**

[www.getraenke-nord-berlin.de](http://www.getraenke-nord-berlin.de)

Neue Hochstraße 30 • 13347 Berlin

*Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 9.00 bis 20.00 Uhr*

*Sonnabend von 9.00 bis 18.00 Uhr*

## Tribunal zum Internationalen Frauentag 2009

# Wer macht eigentlich die ganze Arbeit?

Von Ulrike Zerhau, stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE

In der Krise sind sie die ersten, die rausfliegen: die sogenannten prekären Beschäftigten. Gegenüber den „Normalbeschäftigten“ sind sie ständig im Nachteil und sie werden oft



noch nicht einmal zur Belegschaft gezählt.“ Sie dienen als personeller Puffer, damit Unternehmen in Zeiten höheren Arbeitsauf-

kommens heuern und bei Produktionsrückgang schnell wieder feuern können. „Prekär arbeiten“ bedeutet für die betroffenen Menschen einen ständigen Wechsel zwischen Zeiten mit und ohne Arbeit, ein Leben in ständiger Geldnot und Herabwürdigung. In Beschäftigungsformen ausgedrückt handelt es sich um LeiharbeiterInnen, befristete Beschäftigte, MinilöhnerInnen, Teilzeitbeschäftigte, ständig bedroht durch Hartz IV mit dem Zwang zur 1-Euro-Arbeit und die Aussicht, noch weiter abzurutschen.

Frauen nehmen eine besonders große Gruppe unter den Betroffenen ein.

**Dass immer mehr dieser Beschäftigungsverhältnisse entstehen konnten, ist das Ergebnis profitgesteuerter Personalpolitik in Betrieben und Verwaltungen einerseits und dem Handeln der den Unternehmen überaus freundlich gesonnenen SPD-Grünen-CDU/CSU-Regierungen andererseits. Arbeitnehmerschutzrechte wurden ge-**

**kappt unter dem scheinheiligen Vorwand, Arbeitssuchende konkurrenz- und dadurch arbeitsmarktfähig zu machen. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit wurde nicht wirklich angegangen. Dass Menschlichkeit keine Rolle in der Arbeitswelt spielt, ist ein Skandal.** Aus diesen Gründen klagen wir an!

**Am 7. März 2009 veranstaltete die LINKE in Dortmund ein halbtägiges Tribunal zum Internationalen Frauentag. Von prekärer Arbeit betroffene Frauen werden in den Zeugenstand gehen. Sie werden ihr Leben als Leiharbeiterin, befristete Beschäftigte, als schlecht bezahlte Arbeiterin usw. darstellen. Sie werden deutlich machen, wie sich ihr persönlicher Lebensalltag, ihr Familienleben, ihre gesamten sozialen Kontakte durch ihre Arbeit verändert haben. Sie werden aber auch zeigen, wie sie sich wehren und für ihre Rechte kämpfen. Dazu kommen Psychologen, ArbeitsmarktforscherInnen, GewerkschaftsvertreterInnen, Ärzte u.a., die als Sachverständige auftreten. Das Kapital und die Regierung, beide national und international handelnd, setzen wir auf die Anklagebank. Sie sollen sich für die Folgen ihres Handelns verantworten, ihnen werfen wir vor, dass sie ihre Interessen am Profit über die Interessen der Menschen gestellt und eine Gesellschaft der zwischenmenschlichen Kälte, der Angst und der Konkurrenz herbeigeführt haben.**

Im Tribunal werden alle Rollen eines üblichen Gerichtsverfahrens besetzt sein. Das Tribunal ist öffentlich und auch die ZuschauerInnen - das ist anders als in der Gerichtswirklichkeit - werden eine Rolle bekommen.



## Nein zur NATO – Nein zum Krieg

**Anfang April treffen sich Spitzenpolitiker und -politikerinnen der NATO in Straßburg und Baden-Baden, um bei einem Gipfeltreffen den 60. Gründungstag des Pakts zu feiern. Die Friedensbewegung ruft zu Protestaktionen und einem Gegengipfel auf.**

Die NATO (North Atlantic Treaty Organization, deutsch: Nordatlantikvertrag-Organisation) ist eine Internationale Organisation, die den Nordatlantikpakt, ein militärisches Bündnis europäischer und nordamerikanischer Staaten,

umsetzt. Gründungsmitglieder der NATO waren 12 Nationen (1949), die BRD trat 1955 bei. Das war auch der Zeitpunkt der Gründung des Warschauer Paktes, des „Gegenspielers“ der NATO, der allerdings schon 1991 aufgelöst wurde.

Doch die NATO hat sich, statt sich ebenfalls aufzulösen, ausgedehnt und die Strategie geändert: Zehn neue Mitgliedsstaaten sind hinzugekommen, sieben weitere Staaten gelten als Kandidaten. Die Nato-Osterweiterung umzingelt Russland und erweitert die Einflussosphäre der Nato in den Nahen und Mittleren Osten. 1999 hat die NATO zudem beschlossen, auch außerhalb des Nato-Gebiets und ohne UN-Mandat Kriege führen zu können.

Am 12. September 2001 hat die NATO als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 den Bündnisfall ausgerufen: Der Bündnisfall war ursprünglich gedacht als Akt der Selbstverteidigung gegenüber einem Angriff der Sowjetunion. Er ist als völkerrechtswidrig anzusehen, da nach dem Völkerrecht gar keine Kriegssituation vorlag.

Die Nato hat damit einen Kriegszustand auf praktisch nicht absehbare und beendbare Zeit ausgerufen.

Im August 2003 hat die NATO das Kommando über die International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan übernommen. In Kabul „regiert“ eine korrupte Regierung, die eng mit Drogenbaronen verbunden ist. Der Krieg ist ein Guerillakrieg, der nicht zu gewinnen ist. Der neue US-Präsident Obama will noch mehr Truppen nach Afghanistan schicken. Als erstes will er 17.000 Soldaten vom Irak nach Afghanistan verlegen. Deutschland stockt den Truppeneinsatz auf 4.500 Bundeswehrangehörige auf. Doch die Truppen in Afghanistan tragen nicht zur Lösung des Problems bei – sie sind das Problem.

### Truppen raus aus Afghanistan

Die NATO führt in Afghanistan einen brutalen Krieg, der immer mehr Zivilisten das Leben kostet und droht, nach Pakistan überzugreifen. Es geht der NATO nicht um die Befreiung der afghanischen Bevölkerung, nicht um Demokratie oder Frauenrechte. Ihr Ziel ist es, in Afghanistan ihre Interessen gegenüber Russland und den aufstrebenden Wirtschaftsmächten in Südostasien durchzusetzen. DIE LINKE ist deshalb für den sofortigen und bedingungslosen Rückzug der Bundeswehr und aller NATO-Truppen aus Afghanistan. Auch im Irak führen viele NATO-Staaten Krieg. Deutschland ist mit der US-Airbase in Ramstein und dem Flughafen Leipzig eine der Drehscheiben für diesen Krieg.

Der NATO-Gipfel soll eine neue „Gesamtstrategie“ beschließen: Das Konsensprinzip im NATO-Rat soll abgeschafft werden. Globale Militärinterventionen sollen auch ohne UN-Mandat durchgeführt werden können. Atomwaffen sollen auch gegen Staaten, die keine Atomwaffen besitzen, eingesetzt werden können - die Strategen nennen das „asymmetrischen Einsatz“. Mit der Osterweiterung will die Allianz die Interessen ihrer Mitgliedsstaaten gegen Russland, China und andere durchsetzen.

Treibende Kraft der NATO sind die USA, aber auch die Bundesregierung spielt eine wichtige Rolle bei der Neuausrichtung der NATO und nimmt gleichzeitig die Anforderungen der anderen NATO-

Staaten zum Anlass, die Militarisierung der deutschen Außenpolitik voranzutreiben.

Barack Obama versprach der Welt den „Change“. Gemeinsam mit der Friedensbewegung fordern wir, dass „Change“ ein wirklicher Wechsel in der Militärpolitik bedeutet: die Truppen aus Afghanistan zurückzuziehen, die NATO-Osterweiterung zu stoppen, die nukleare Erstschlagoption aufzugeben und die NATO aufzulösen. Dafür werden wir Anfang April in Straßburg demonstrieren.

*Brian Janßen, DIE LINKE im Wedding*



**Infos zu den Aktivitäten unter:**  
[www.die-linke.de/nein\\_zur\\_nato](http://www.die-linke.de/nein_zur_nato) und  
[www.no-to-nato.org](http://www.no-to-nato.org)

**Nein zum Krieg -**  
**Ja zum gerechten Handel**

Schöner Schmuck, Schnitzereien, Buddhas, Cubita-Kaffee und viele weitere Geschenke aus fairem Handel.

Durch bewußtes kaufen können Sie den fairen Welthandel unterstützen.

**[www.eine-welt-import.de](http://www.eine-welt-import.de)**

Fordern Sie unseren Prospekt an:  
 Eine-Welt-Import GmbH, Eiswerderstr. 18,  
 13585 Berlin  
 e-mail: [info@eine-welt-import.de](mailto:info@eine-welt-import.de)

- im Wedding liefern wir versandkostenfrei -

  
 United Globes  
  
 Buddhas  
  
 Cubita-Kaffee

## Gesundbrunnen – Shopping-Center, Bahnhof, Kiez

# Be Berlin – Gesundbrunnen - the place to be

**Der Gesundbrunnen ist seit der Verwaltungsreform 2001 ein Ortsteil im Bezirk Mitte. Bis dahin gehörte das Gebiet rund um den U- und S-Bahnhof Gesundbrunnen zum Bezirk Wedding.**

### Luisenbad

Der Name „Gesundbrunnen“ geht auf eine Quelle zurück, der eine heilende Wirkung nachgesagt wurde und die im 18. Jhd. in der Nähe des Luisenbades (wo sich heute die Stadtbibliothek Wedding befindet) entdeckt wurde. Der Apotheker Heinrich Wilhelm Behm erwarb 1751 das königliche Privileg, dort eine Heil- und Badeanstalt einzurichten, die 1799 nach einem Besuch durch die Königin Luise „Luisenbad“ genannt wurde. Die Quelle wurde bereits 1882 aufgrund von Bauarbeiten in der Badstraße versehentlich zugeschüttet. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden an der Badstraße viele Biergärten und Ausflugslokale. Der Gesundbrunnen wurde zu einem Vergnügungsviertel.

An der Bad-/Ecke Travemünder Straße sind noch ein paar der Gebäude des ehemaligen Luisenbades zu sehen. Ein Teil wurde abgerissen; durch den Umzug der Stadtbibliothek in die denkmalgerecht sanierten Gebäude (1995) konnte der Abriss der übrigen Gebäude verhindert werden.

### Arbeiterbezirk

Ende des 19. Jhd. entwickelte sich der Gesundbrunnen durch massenhaften Zuzug zu einem Arbeiterbezirk. Es entstanden die berühmten Mietskasernen, in denen die Menschen dicht gedrängt unter schlimmsten, gesundheitsgefährdenden Bedingungen lebten. Die Kindersterblichkeit war hoch, in die Innenhöfe drang oft kaum Licht.

1900 wurde der Bahnhof Gesundbrunnen mit einem stattlichen Empfangsgebäude er-

richtet, zahlreiche Industriebetriebe (1887: AEG) siedelten sich an.

### Hertha BSC

1904 bezog der Fußballclub Hertha BSC an der Behmstraße seinen ersten festen Platz mit Vereinsheim. 1923 wurden dann auf der gegenüberliegenden Straßenseite das Stadion am Gesundbrunnen (Plumpe) gebaut, das in den 1970er Jahren abgerissen wurde, ebenso wie fast alle Gebäude zwischen Behmstraße, Swinemünder Straße, Bahnterrasse und Berliner Mauer. Dort entstand eines der größten Berliner Sanierungsgebiete, dem die Altbausubstanz fast komplett zum Opfer fiel. Eine der wenigen Plattenbausiedlungen im Westen wurde hochgezogen, ein ganzes Stadtviertel neu gebaut. Viele wehrten sich dagegen, aus ihrem Kiez wegziehen zu müssen. Gerade für ältere Menschen war der Abriss ihrer Wohnungen eine Tragödie.



Das Luisenbad im Gesundbrunnen

## Widerstand gegen den Faschismus

1933 war Wedding der Berliner Bezirk, in dem bei der Wahl zum Deutschen Reichstag am 5. März 1933 die wenigsten Stimmen für die NSDAP zusammenkamen. Vor allem in der Umgebung der nördlichen Brunnenstraße gab es bereits vor der Machtübergabe an die Nazis eine breite antifaschistische Bewegung. Am Bahnhof Gesundbrunnen kam es oft zu Saal- und Straßenschlachten, bei mehreren Märschen der Faschisten durch die Putbusser und die Swinemünder Straße kam es zu Straßenkämpfen. Es gab im Gesundbrunnen zahlreiche Widerstandsgruppen: So entschloss sich nach der **Zerschlagung des Arbeiterportvereins „Fichte“ eine kleine Gruppe Gesundbrunner Mitglieder zur illegalen Weiterarbeit. Die 20 jungen Weddinger trafen sich im Lokal Ramlerstraße 5, Ecke Putbusser Straße, getarnt als „Billardkreis“.** 1935 wurde die Organisation durch einen Spitzel verraten, die beiden Spitzenfunktionäre Rudi Rothkamm und Erwin Heuer aus der Putbusser Straße 26 verhaftet und von der Gestapo gefoltert. 15 Sportler der Gesundbrunner Gruppe wurden zu Zuchthaus bis zu drei Jahren verurteilt. 1937 gab es im Gesundbrunnen eine Verhaftungswelle gegen Kommunisten, bei der es Erich Honecker und Bruno Baum aus der Usedomer Straße 19 erwischte, die zu zehn bzw. dreizehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurden.

Nach 1945 bis heute

Nach 1945 war die Badstraße eine der größten und bekanntesten Berliner Einkaufsstraßen, mit der Lichtburg, einem der größten Kinos Berlins. Mit dem Bau der Mauer im Jahr 1961 wurde die Badstraße zu einer ruhigen Sackgasse. Der Bau des Gesundbrunnen-Centers (1997) führte dazu, dass in der Badstraße heute Billigläden das Bild prägen.

Der Ortsteil Gesundbrunnen hat ca. 81.000 Einwohner und ist somit der bevölkerungsreichste Ortsteil des Bezirks Mitte. Die Arbeitslosigkeit ist hoch (ca. 25 %); ca. 70 Prozent der unter 15-jährigen sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Der Anteil der Bevölkerung mit nichtdeutschen Pass (35,7 %) ist der höchste aller Ortsteile in Berlin. Lt. Sozialatlas Berlin 2007 belegt der Gesundbrunnen insgesamt die schlechtesten Plätze.

### BO Gesundbrunnen gegründet

Wir haben beschlossen, selbst aktiv zu werden und uns zu wehren – gegen Armut, Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit. Daher haben wir, Mitglieder der LINKEN im Gesundbrunnen und drumherum, eine Basisorganisation der LINKEN im Gesundbrunnen gegründet und laden alle BewohnerInnen und Interessierten ein, bei uns mitzumachen. Macht mit, engagiert euch für eine solidarische, friedlichere Gesellschaft. Lasst uns darüber reden, in was für einer Welt wir leben wollen.

*Brian Janßen*

**Wir treffen uns jeden 2. Donnerstag im Monat um 19 Uhr im Euler-Eck, Eulerstr. 18.**

---

## Demokratie ist nicht teilbar

### – Kommunales Wahlrecht für Nichtdeutsche JETZT

Das Jahr 2009 gilt als „Superwahljahr“ für Deutschland. Es finden acht Kommunalwahlen, vier Landtagswahlen, die Europawahl, die Bundestagswahl und die Wahl des Bundespräsidenten statt.

4,6 Mio. BürgerInnen, die im Durchschnitt über 17 Jahre hier in Deutschland leben, sind jedoch bei diesen Wahlen nur Zuschauer und von der aktiven Teilnahme ausgeschlossen.

Hindernis ist das deutsche Grundgesetz, dem zufolge nur das „Staatsvolk“ berechtigt ist, das Wahlrecht auszuüben. Zum Staatsvolk gehören lt. Auslegung nur diejenigen BürgerInnen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Kein Wunder, dass diese Regelung dem „Nicht-Staatsvolk“ zunehmend übel aufstößt. 21% aller im Ausländerzentralregister geführten Nichtdeutschen sind hier geboren, bei den Türken sind es sogar 34%. Gehören Sie nicht zum Staatsvolk, obwohl sie ihr ganzes Leben hier verbracht haben? Ist jemand nur dann Staatsbürger, wenn er Steuern und Abgaben bezahlt soll, jedoch nicht mehr, wenn er mitentscheiden will, wer diese Steuern festlegt?

Warum soll jemand, der 40 Jahre im Wedding lebt, nicht mitbestimmen dürfen, wer Bürgermeister wird oder ob neue Spielplätze gebaut werden? Das ist undemokratisch!

Allein in Mitte leben rund 70.000 Nicht-EU-Bürger (davon sind ca. 28.500 türkische Staatsbürger), die an den Kommunalwahlen nicht teilnehmen dürfen, obwohl auch sie von allen Entscheidungen unmittelbar betroffen sind.

Sie nehmen ganz selbstverständlich an Betriebsratswahlen teil und wählen ArbeitnehmervereinerInnen in die Aufsichtsräte der Betriebe. Warum sollen sie nicht auch in ihrem Wohnumfeld mitbestimmen dürfen?

Bereits im Jahre 1992 gab es – zur Umsetzung des Maastrichter Vertrages – eine Grundgesetzänderung, um EU-Bürgern das kommunale Wahlrecht einzuräumen. Bereits in 16 europäischen Staaten gibt es jedoch auch ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige.

Doch hierzulande werden MigrantInnen aus Nicht-EU-Staaten immer noch fundamentale demokratische Grundrechte verwehrt, obwohl eine erfolgreiche Integrationspolitik nachweislich davon abhängt, in welchem Umfang Men-

schen über Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte verfügen.

Deutschland erhebt den Anspruch, der Motor der europäischen Integrationspolitik zu sein. Bisher hat Deutschland nur in negativer Hinsicht eine Vorreiterrolle in Europa gespielt. In Bezug auf das Wahlrecht ist es bisher ein Entwicklungsland in Europa.

Wer auf der einen Seite fordert, dass die MigrantInnen sich zu den demokratischen Werten der Gesellschaft bekennen, darf ihnen nicht auf der anderen Seite demokratische Rechte vorenthalten. Das ist skandalös und fördert die Entfremdung von der hiesigen Gesellschaft.

Wenn also der Nationale Integrationsplan nicht nur Showcharakter hat, müssen endlich die Voraussetzungen für ein kommunales Wahlrecht für alle Bürger, die dauerhaft in diesem Staat leben, geschaffen werden.

Dies wäre ein notwendiges Signal in Richtung MigrantInnen, das ihnen das Gefühl gibt, anerkannt und ernst genommen zu werden, und ein wichtiger politischer Schritt gegen Rassismus und Diskriminierung.

Das Zusammenleben in den Stadtteilen funktioniert umso besser, je mehr Menschen ihre Interessen und Meinungen einbringen können.

Ohne politische Beteiligung und gleiche Rechte ist jede Integrationsbemühung zum Scheitern verurteilt.

Deshalb sollten wir alle uns für die Einführung eines kommunalen Wahlrechtes einsetzen. Ein gesellschaftlicher Dialog und ein Umdenken in der Politik sind dringend notwendig. Das ist nur durch ständigen Druck auf Abgeordnete und Parteien möglich. Wir alle sollten daran mitwirken, unser Umfeld demokratischer zu gestalten.

*Arslan Yilmaz*

## Bürgerangebote

### LinksTreff

kostenlose Beratung zu Hartz IV/Schuldnerfragen sowie  
Wohnung/Miete/Migration/Familie

jeden 1., 2. 3. und 4. Mittwoch 17-19.00 Uhr  
durch RAe René Wenker, Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter

Informationen zu Hartz IV/MigrantInnentreff  
jeden Donnerstag 17.00 - 19.00 Uhr

kostenlose Hausaufgaben-/Schülerhilfe  
Anmeldung montags von 16.00 - 19.00 Uhr

Bürgersprechstunde mit  
dem Bezirksverordneten Kaspar Scholemann  
jeden 2. Freitag von 16.00 bis 18.00 Uhr

Informationen zur Basisorganisation  
der LINKEN im Wedding  
montags bis freitags von 16.00 - 19.00 Uhr

## Impressum

uff'n wedding wird im Eigendruck  
herausgegeben vom LinksTreff  
Wedding e.V.

Namentlich gezeichnete Beiträge liegen  
ausschließlich in der Verantwortung  
der AutorInnen.

V.i.S.d.P.: W. Rietdorf, co. LinksTreff  
Wedding e.V. Malplaquetstr. 12, 13347  
Berlin, Tel. 28 70 57 51

email: [uffnwedding@linkstreff.de](mailto:uffnwedding@linkstreff.de)

web: [www.linkstreff.de](http://www.linkstreff.de)

Wir freuen uns über Anregungen  
und Leserbriefe

## Veranstaltungen

### LinksTreff

#### Kult(ur) am Sonntag

Sonntag, 29. März 2009 18.00 Uhr

Lesung: Lieder und Gedichte  
der Revolution von 1848

#### Theorie am Montag

Montag, 16. März 2009 19.00 Uhr

60 Jahre NATO - was spricht für  
ihre Abschaffung?

Referent: Martin Handtke

#### Mitgliederversammlung

Donnerstag, 25. März 2009 19.00 Uhr

„Strömungen in der Linken  
stellen sich vor“

Stefan Liebich FDS

im Neubau des Rathaus Weddig

Dillenburgsaal Raum 115

Gäste sind wie immer willkommen

#### DIE LINKE Gesundbrunnen

jeden 2. Donnerstag im Monat 19.00 Uhr

Euler Eck, Eulerstr. 18

#### DIE LINKE Schillerpark

Freitag, 06. März 2009 19.00 Uhr

Tante Elli, Lüderitzstr. 5

#### DIE LINKE Brüss.Kiez/Afr.Viertel

Donnerstag, 12. März 2009 19.00 Uhr

Tante Elli, Lüderitzstr. 5